

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Finanzen
Berthold Rein, Telefon: 204-1220
Gesch. Z.: 20/200/903-03(2010)

Vorlage 811a/2009
Datum 16.02.2010

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Stellungnahmen der Verwaltung zu den Fraktionsanträgen zum Haushaltsplan 2010

Bezug: Vorlage 811/2009 Anträge der Gemeinderatsfraktionen

Anlagen: 4 Bezeichnung:

Anlage 1: Stellungnahme zu den Anträgen VwHH 2010

Anlage 2: Stellungnahme zu den Anträgen VmHH 2010 und Investitionsprogramm

Anlage 3: Stellungnahme zu den Anträgen Wirtschaftsplan der Stadtbaubetriebe 2010

Anlage 4: Stellungnahme zu den Anträgen Stellenplan

Die Verwaltung hat mit der Änderungsliste 810/09 die Haushaltsansätze verändert.

Mit den Anlagen 1 bis 4 der Vorlage 811a/09 nimmt sie Stellung zu den Anträgen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2010.

1. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2010

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/ Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Ver- waltung
	xxxx	4000	Personalausgaben						450.000			Linke: Aufheben der 6-monatigen Wiederbesetzungssperre und Rücknahme der 10 % Budgetkürzung Mehr Schulsozialarbeiter und mehr Personal in den Ganztageschulen	
		4000 5451 5460	Gebäudereinigung, Reinigungsmaterial, Reinigungsvergabe, Aushilfsreinigung		-200.000							AL/Grüne: Bei der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung) können mindestens 10 Prozent eingespart werden. Bericht vorlegen! Linke: Keine Fremdvergabe im Reinigungsbereich	Zu AL/Grüne: Bericht folgt im März 2010; Einsparungen mit Abstrichen in der Reinigungsqualität in Teilbereichen möglich. 10% nur möglich nach Kündigung des gesamten Personals der Eigenreinigung. Zu Linke: Mehrkosten ca. 500.000 €
	3xxx 4xxx	7*	Sozial- und Kulturini- tiativen									Linke: Initiativen mit und ohne Vertrag erhalten die Tarifierhöhung (TVöD) 2010	Verträge im Sozialbereich laufen noch, für Erhöhungen keine Gegenfinanzierung.
	xxxx	6753	Ersätze an den SBT			-385.000						CDU: Senkung des SBT-Budgets "Erlöse von der Stadt" um 5%. In Zeiten leerer Kassen muss (leider) auch in den Bereichen der Reinigung, Grünpflege usw. gekürzt	Eine Kürzung um 5% ist ohne Personalabbau nicht darstellbar. Die Abschreibungen und Kapitalkosten sowie die Materialaufwände sind nicht dispo-

												werden. Dies muss ohne Personalabbau leistbar sein.	nibel.
Epl. 0	0000		Gemeindeorgane										
78	0000	6500	Geschäftsausgaben	21.600								Linke: Das Tübinger Gemeinderatsinformationssystem wird aktualisiert den Gemeinderäten auf DVD zur Verfügung gestellt	
78	0000	6620	Geschäftsausgaben der Fraktionen	14.430			-1.980					SPD: Streichung des GEA-Abo für die Fraktionen	Das GEA-Abo kann zur Jahresmitte gekündigt werden.
78	0000	6795	Innere Verrechnungen, Kopiercenter	36.820	-10.000							AL/Grüne: Farbkopien sparsam einsetzen. Linke: Gemeinderatsvorlagen an diejenigen, die es möchten per Email	Bereits heute plant die Verwaltung die Verwendung von Farbkopien für Gemeinderatsvorlagen umsichtig und lässt diese nur anfertigen, wenn es erforderlich ist. Allerdings muss auf eine Lesbarkeit der Drucksachen geachtet werden. Je nach Drucksache ist diese nur in Farbe gewährleistet. So ergibt sich beispielsweise bei Plänen oft die Notwendigkeit, diese in Farbe auszugeben. Inhalte, die auch ohne farbige Darstellung gut lesbar sind, werden weiterhin als Schwarzweisskopie angefertigt. Wird der Ansatz des Haushaltsplanes hier reduziert, dann ist eine Anfertigung von

Drucksachen in lesbarer Form nicht vollständig gegeben.
Eine Kürzung hier hat Auswirkungen auf den UA 0620 Kopiercenter.

Epl. 0	0200		Fachabteilung Kommunales										
85	0200	5009	Gebäudeunterhaltung	0									<p>Linke: Jede Fraktion erhält einen Netzanschluss für den Laptop</p> <p>Die notwendigen Verkabelungsarbeiten für einen Netzanschluss der Fraktionen sind erst im Rahmen der Rathaus-sanierung mit angemessenem finanziellen Aufwand realisierbar. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Verkabelungsmaßnahmen im Rathausbereich nicht im IT-Infrastrukturprogramm enthalten sind, sondern in ihrer Gesamtheit bis zu einer Rathaus-sanierung aufgeschoben worden sind. Ein Anschluss der Fraktionen per WLAN kann nicht hinreichend abgesichert werden. Das verwaltungs-</p>

terne Netz mit einem WLAN zu erweitern, stellt daher ein nicht vertretbares Sicherheitsrisiko dar. WLAN-Systeme, die eine ausreichende Sicherheit ansatzweise bieten können, sind sehr kostenintensiv und stellen daher finanziell und technisch keine Alternative zu einer klassischen Verkabelung dar.

Zudem kann der Aufbau eines Ratsinformationssystems, das einen solchen Anschluss sinnvoll nutzbar machen würde, erst nach den Maßnahmen des IT-Infrastrukturprogramms in Angriff genommen werden. Ohne die Maßnahmen des IT-Infrastrukturprogramms fehlt die benötigte technische Basis, sowohl seitens der Hardware als auch seitens der Software.

85	0200	5210	Anschaffung, Unterhaltung von Bürogegenständen	25.000	-10.000								AL/Grüne: Anpassung an das Rechnungsergebnis 2008	
85	0200	5220	Anschaffung, Unterhaltung von Geräten	15.000	-7.000								AL/Grüne: Anpassung an das Rechnungsergebnis 2008	Die Mittel wurden stets bis auf einen kleinen Restbetrag verbraucht. Sie wurden jedoch bei Anschaffungswerten über 410 Euro über den Vermö-

													genshaushalt abgewickelt. Deshalb ist das Rechnungsergebnis unter dem Planansatz.
85	0200	5227	Anschaffung und Wartung von Dienstfahrrädern	3.100							-3.100		UFW: Kann auf unbestimmte Zeit geschoben werden Zumindest auf die Wartung kann, im Interesse der Verkehrssicherheit der Dienstfahräder, nicht verzichtet werden.
Epl. 0	0230		Rechtsabteilung										
100	0230	6550	Prozesskosten	15.000	-5.000								AL/Grüne: Geringerer Betrag ausreichend Kann nicht vorhergesagt werden; gegebenenfalls muss eine überplanmäßige Ausgabe beantragt werden.
Epl. 0	0310		Fachabteilung Haushalt und Beteiligungen										
102	0310	6650	Haushaltskonsolidierung	20.000	-10.000								AL/Grüne: Weniger externe Moderation Haushaltsansatz ist nicht für Moderation, sondern für fachliche Unterstützung und Fortbildung im Konsolidierungsprozess vorgesehen.
Epl. 0	0355		Fachabteilung Gebäudewirtschaft										
106	0355	5009.400	Brandschutz	170.000								-100.000	W.U.T.: Angesichts der beschlossenen Verlagerung des Technischen Rathauses in absehbarer Zeit ist diese Ausgabe auf das absolute Minimum zu reduzieren. Ggf. sind provisorische Abhilfemaßnahmen angezeigt. Baurechtliche Forderung; gegebenenfalls überplanmäßige Ausgabe erforderlich. Vorschlag der Verwaltung: Sperrvermerk 170.000 €
106	0355	6583	Umzugskosten	12.000	-7.000								AL/Grüne: Anpassung an Rechnungsergebnis 2008
Epl. 0	0520		Statistik, Wahlen										

112	0520		gesamter Unterabschnitt	149.310	-7.310								AL/Grüne: Ansatz des Unterabschnittes kürzen, da in 2010 keine Wahlen stattfinden	In diesem Unterabschnitt werden nicht nur die Geldmittel für "Wahlen" bereitgestellt, sondern auch für die Aufgabe "Statistik". Hier laufen insbesondere die Vorbereitungen für den "Mikrozensus 2011" an. Eine der ersten Aufgaben, die noch 2010 abgeschlossen sein muss, ist die Einrichtung einer abgeschotteten Erhebungsstelle.
Epl. 0	0551		Integration											
114	0551	7000	Bildungs- und Sprachförderung	50.000									SPD: Sperrvermerk	Laufende Projekte gefährdet. Zeitnahe Mittelvergabe nicht möglich.
113/11 4	0550/ 0551	6630 7*	Projektmittel und Zuschüsse									-50.000	W.U.T.: Die Gleichstellung und Integration sind in ihrer Bedeutung neu zu gewichten und auf ihren jeweiligen sozialen Kernbereich zu konzentrieren. Eine moderate Kürzung in diesen Bereichen ist angezeigt und zwingt zur wirksamen Hinterfragung der Sinnhaftigkeit aller Maßnahmen und Zuschüsse. Insbesondere keine weiteren Kosten durch externe Moderatoren etc.	Zu W.U.T.: Integrationskonzeption und Umsetzung der Maßnahmen können nicht erfolgen, wenn dieser Betrag gekürzt wird. Zuschüsse mit vertraglichen Bindungen.
Epl. 0	0810		Einrichtungen für Verwaltungsangehörige											

120	0810	4000	Personalausgaben, u.a. Weiterbeschäftigung der Azubis	2.392.860	-105.000				-100.000	+680.000		AL/Grüne: Angebot zur Weiterbeschäftigung zum Azubigehalt zzgl. 150 Euro FDP: Weiterbeschäftigung der Azubis in E 1 statt E 5 Linke: Übernahme der Auszubildenden für 24 Monate	Siehe Vorlage 31a/10.
Epl. 1	1100		Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
124	1100	1001	Gebühren Ordnung und Gewerbe	430.000	+40.000							AL/Grüne: kostendeckende Gebühren für die Waffenkontrollen erheben	Bei ca. 1000 Kontrollgängen in drei Jahren müsste die Gebühr auf ca. 120 € pro Kontrollgang festgesetzt werden, um jährlich 40.000 € einzunehmen. Ob diese Gebührenhöhe kalkulierbar ist, wird derzeit geprüft. Andere Kommunen gehen von ca. 80 € aus. Jedenfalls werden im Haushaltsjahr 2010 höchstens 10.000 € erreichbar sein, weil Stellenbesetzung und Kontrollmaßnahmen realistisch erst im 4. Quartal greifen können.
124	1100	6230	Schädlingsbekämpfung und Tierkörperbeseitigung	32.500	-12.500							AL/Grüne: Ansatz nicht in voller Höhe erforderlich	Die Ausgaben sind von der Verwaltung (weitgehend) nicht beeinflussbar und hängen davon ab, welcher Schädlingsbefall (Eichenprozessionsspinner, Kriebelmücke etc.) auftritt. So wurden bspw. 2007 allein für den Eichenprozessionsspinner

													über 30.000 € fällig. Gleich verhält es sich bei der Tierkörperbeseitigung.
125	1100	7190	Werbemaßnahmen Erstwohnsitzer	20.000	-5.000		-10.000					<p>AL/Grüne: Gutscheineheft muss sich selber tragen. Ab 2011 keine Chipkartenaufdruck mehr auf den Studierendenausweisen</p> <p>SPD: Sperrvermerk</p>	<p>Zu AL/Grüne: Gesamtkosten Gutscheineheft 25.000,- € setzen sich zusammen aus 12.000,- € Zuschuss WIT, 5.000,- € Zuschuss Stadt, 8.000,- € Einnahmen von Gutscheineanbietern. Damit ist der städtische Zuschuss bereits um 5.000,- € gegenüber 2009 reduziert, höhere Einnahmen von Gutscheineanbietern sind nicht realistisch. Das Gutscheineheft ist aus Sicht der Verwaltung erfolgreich und sinnvoll.</p> <p>Zu SPD: Die Chipkarten wurden von der Universität für 2009 + 2010 im Jahr 2008 bestellt, eine Teilbestellung für die Stadt war nicht möglich. Es besteht eine Vertragsbindung, die für 2011 ff neu verhandelt werden kann.</p>
Epl. 2	2913		Schulessen										

168	2913	5711.300	Förderung des Schulessens	259.800	-43.000								AL/Grüne: Zuschuss halbieren; System überarbeiten. In 2010 nur anteilige Wirkung FDP: Beibehaltung nur des BonusCard-Angebots; ab 1.9.2010	Möglich: Die Vorschläge führen zur Verteuerung des Schulessens für die Eltern. Vorschlag der Verwaltung: in Haushaltskonsolidierungsprozess bearbeiten.
Epl. 3	3210		Kunsthalle											
180	3210	1670	Personalkostenerstattung Kunsthallenstiftung	212.000	+145.000								AL/Grüne: Einforderung der zu Unrecht nicht erstatteten Versorgungs- und Beihilfeumlage für 2005-2009 zzgl. Verzugszinsen	Die Verwaltung geht nicht von einer unrechtmäßigen Erstattung aus, deswegen kein Anspruch auf Rückforderung.
180	3210	7000	Zuschüsse an die Stiftung Kunsthalle	465.000						-360.000	-100.000		AL/Grüne: Sperrvermerk über 180.000 €; Freigabe durch den Gemeinderat bei Nachweis des tatsächlichen Bedarfs an Personal- und Sachkosten. Neuverhandlung der Zuschusshöhe ab 2011. Linke: Streichung der Personalkostenpauschale; tatsächliche Personalkostenerstattung UFW: Anpassung der pauschalen Zuschüsse	Verhandlungen mit der Kunsthallenstiftung sind anberaumt.
Epl. 3	3310		Theater											
184	3310	7020	Zuschuss an das Tübinger Theater	300.000	-24.000								AL/Grüne: Ansatz 2009 beibehalten	Die Erhöhung soll für das technische Personal gebunden werden, da das Theater viel Außenkooperationen durchführt und benötigt.
Epl. 3	3400		Sonstige Kunstpflege											

186	3400	7000	Zuschüsse an Kulturvereine	542.860			+2.500					<p>SPD: Einmaliger Sonderzuschuss für RACT, damit das Festival stattfinden kann; Sperrvermerk</p> <p>Linke: Französische Filmtage; da es keine kooperative Zusammenarbeit mit der Stadt gibt, soll eine gGmbH gegründet werden.</p>	<p>Zu SPD: Siehe Mitteilungsvorlage 506a/10</p> <p>Zu Linke: Für die Gründung einer GmbH müssen zusätzlich Mittel eingestellt werden.</p>
186	3400	7050	Zuschuss für Festival AfroBrasil	115.170								<p>AL/Grüne: Sperrvermerk; Freigabe durch den Gemeinderat</p> <p>Linke: Wenn das Festival nicht stattfindet, sollen die Zuschüsse gestrichen werden und für die Städtepartnerschaft Moshi, Tansania verwendet werden.</p>	<p>Davon sind 100.000 € abhängig vom Spendeneingang auf Haushaltsstelle 1.3400.1780.000; Zuschuss der Stadt 15.000 €</p>
Epl. 3	3410		Heimatspflege										
187	3410	6100	Feste und Feiern	17.000			-5.000					<p>SPD: Anpassung an das Rechnungsergebnis</p>	<p>Schwankungen bedingt durch Sonderveranstaltungen.</p> <p>Beispiele: 2010 Jubiläum Silcher/Melanchthon/Fergenhans</p>
Epl. 3	3520		Fachabteilung Stadtbücherei										
190	3520	1100	Lese- und andere Gebühren	110.000								<p>Linke: Keine Erhöhung der Nutzungs- und Mahngebühren</p>	<p>Die Verwaltung bereitet derzeit eine Neufassung der Benutzungsordnung in Bezug auf die Säumnisgebühren vor. Bei einem Inkrafttreten zum 1.7.2010 wären 6.000 € höhere Einnahmen aus Säumnisgebühren zu erwarten.</p> <p>Die Verwaltung schlägt keine Erhöhung der Nutzungsgebühren (Lesegebühren) vor.</p>

190	3520	5812	Anschaffung von Büchern, Erneuerung	150.000	+35.000				+35.000			AL/Grüne: Ansatz 2009 beibehalten Linke: Ansatz 2009 beibehalten	
Epl. 4	4300		Altenhilfe Tübingen gGmbH										
201	4300	7150	Zuschuss an AHT	40.000					+120.000			Linke: Die Zinsbelastung aus der Veränderung der Unternehmensform übernimmt die Stadt.	Die Finanzierung des Unternehmens mit Eigenkapital und Fremdkapital ist üblich, daher ist die Zinsbelastung nicht unangemessen.
Epl. 4	4360		Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern										
206	4360	xxxx					+1.500		+35.300			SPD: 4 Monatskarten für Asylbewerber als Impuls für privates Engagement Linke: Kostenlose Monatstickets für die Flüchtlinge, die in Weilheim untergebracht sind	Die swt werden dem Asylzentrum zweckgebunden 1.500 € spenden; davon können 4-5 übertragbare Monatskarten erworben werden. Die Verwaltung hält dies für ausreichend, um bis 2011 eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten.
Epl. 4	4600		Jugendhäuser/Offene Jugendarbeit										
207	4600	4000	Personalausgaben	957.030			+16.275					SPD: Halbe Stelle ab März 2010, interfraktioneller Antrag 567/2009, Jugendarbeit Derendingen	Keine Gegenfinanzierung.
207	4600	5220	Anschaffungen/ Unterhaltung von Geräten	17.000			+3.000					SPD: Interfraktioneller Antrag 567/2009, Jugendarbeit Derendingen	Keine Gegenfinanzierung.
207	4600	5300	Mieten	62.500			+8.100					SPD: Interfraktioneller Antrag 567/2009, Jugendarbeit Derendingen	Keine Gegenfinanzierung.
207	4600	5480	Bewirtschaftungskosten	80.000			+4.000					SPD: Interfraktioneller Antrag 567/2009, Jugendarbeit Derendingen	Keine Gegenfinanzierung.

Epl. 4	4642		Kindergärten und Kinderhäuser											
213	4642	1100	Betreuungsgebühren	2.644.210		+400.000	-32.000	-32.000 +46.700	-64.000 -460.000		+50.000	CDU: Nur für Kinderkrippen: Mehreinnahmen durch höhere Elternbeiträge, insbesondere in der oberen Gebührenstaffel SPD: Erhöhung nur um 5% FDP: Erhöhung um 5% ab September 2010; 30 % Erhöhung bei den Kleinkindgruppen Linke: Keine Erhöhung der Gebühren; erstes Kindergartenjahr soll gebührenfrei sein W.U.T.: Deutliche Erhöhung für < 3 Jahre, Annäherung an Kosten freier Träger Zusätzliche Ideen klären:1. Kinderbetreuung in großen Einrichtungen: nur noch eine Ganztagesgruppe; außerdem 2. bei Einkommensgruppierung die höheren Einkommen nochmals differenzieren und dort den obersten Bereich deutlich anheben	Allg. Erhöhung um 10% von Verwaltung bereits vorgesehen, Vorschlag der Verwaltung: weitere Erhöhungen in Haushaltskonsolidierungsprozess bearbeiten. Zu W.U.T.: Reduzierung von Ganztagsgruppen auf Grund des hohen Bedarfs nicht möglich	
Epl. 4	4642		Kindergärten und Kinderhäuser											
213	4642	1625	Interkommunaler Ausgleich	500.000	-250.000							AL/Grüne: Ansatz nicht realistisch	Die Verwaltung hält den Ansatz nach wie vor für realistisch.	

213	4642	4000	Personalausgaben	15.162.090	-380.000	+75.000 +15.000 -75.000	-167.000	+1.800.000	-378.000	<p>CDU: Betreuungsschlüssel auf künftige Empfehlung des Landes mit Faktor 1,8 anpassen. Die Beschlusslage geht eigentlich von einem schon sehr hohen Niveau mit 1,75 anstelle der geltenden Landesvorgabe von 1,5 Betreuungskräften je Gruppe aus. Jetzt wurde aber festgestellt, dass wir derzeit tatsächlich einen Betreuungsschlüssel von 1,92 haben. Es muss mindestens die Hälfte der möglichen Einsparung erzielt werden = 18 Stellen</p> <p>SPD: Kinderbetreuung Lustnau (20 Plätze anteilig für 2010), Stelle Kinderbetreuung Weilheim zum Jahr 2010/2011, Optimierung Stellschlüssel (= -75.000)</p> <p>FDP: Einsparung von 2 Stunden je Vollzeitäquivalent durch verbesserte Auslastung der Einrichtungen und Konzentration der Randzeitenangebote auf einzelne Einrichtungen im Stadtteil; schrittweise Umsetzung 2010 hälftig und ab 09/2010</p> <p>Linke: Erhöhung des Personalschlüssels in der Kinderbetreuung von 1,75 auf 2 (Gruppengröße 20)</p> <p>UFW: Entsprechend der besetzten Monate; Vorlage 801/2009; teil-</p>	<p>Umorganisation erst zum neuen Kindergartenjahr möglich, deshalb ist in diesem Jahr eine Einsparung von 80.000 € möglich.</p> <p>Eigener Vorschlag der Verwaltung wird erarbeitet.</p>
-----	------	------	------------------	------------	----------	-------------------------------	----------	------------	----------	---	--

												weiser Abbau der Überbesetzung	
214	4642	7000	Zuschüsse an nicht-städtische KiGA	9.201.600		-200.000						AL/Grüne: Sperrvermerk über 500.000 €. Freigabe durch den Gemeinderat nach endgültiger Einigung mit den Gruppen CDU: Analog zu der Anpassung des Betreuungsschlüssels auch weniger Zuschüsse an die freien Träger der Kleinkindbetreuung	Zu CDU: Die Höhe des Einsparbetrags ist unrealistisch. Verwaltung wird vor Abschluss der HH-Beratungen Berechnung vorlegen.
Epl. 5	5500		Förderung des Sports										
223	5500	7000	Zuschüsse zur Förderung von Vereinen und Organisationen	203.000					+27.200			Linke: Ausgleich der Mehrbelastung der Vereine durch die neue Entgeltrichtlinie	Keine Gegenfinanzierung.
Epl. 6	6130		Fachabteilung Service-Center Bauen										
234	6130	1000	Baugenehmigungs- und Kontrollgebüh-	1.050.000	+50.000							AL/Grüne: Mehreinnahmen wegen starker Bautätigkeit beim UKT	RE 2009: 935.000 €, Ansatz 2010 bereits optimistisch auf

			ren										1.050.000 € geschätzt.
234	6130	6630	Erstellung Mietspiegel									FDP: Verzicht auf den HHrest mit 68.000 €, Vorl. 23/2010. Geänderte Sachlage auf Grund des Jahresberichts 2009 des Sozialgerichts Reutlingen; Kritik des Gerichts an den Festsetzungen des Jobcenters Reutlingen (trotz Mietspiegel), Lob für das Jobcenter Tübingen (nach Anpassung keine Klagen)	Mit Vorlage 23/10 Haushaltsreste zu entscheiden. GR-Beschluss. Begründung vgl. Vorlage 66 und 66 a/2009 und 471/2008 (Pflichtsatzung "Mietobergrenze"). Job-Center nur ein weiterer Aspekt.
Epl. 6	6300		Gemeindestraßen										
237	6300	5111	Straßenbegleitgrün	30.000							-15.000	W.U.T.: Bevor soziale oder kulturelle Angebote gekürzt werden müssen, können wir ohne Blumenschmuck an Brücken und Geländern auskommen	Straßenbegleitgrün ist ohne Blumenschmuck.
237	6300	6753	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	2.647.000	-217.000						-105.000	AL/Grüne: Rückführung auf das Rechnungsergebnis 2008 SPD: Keine Erweiterung des Blumenschmucks W.U.T.: Bevor soziale oder kulturelle Angebote gekürzt werden müssen, können wir ohne Blumenschmuck an Brücken und Geländern auskommen	Zu W.U.T.: Dabei handelt es sich um den Gesamtansatz für Blumenschmuck im öffentlichen Raum, ohne die Rathäuser. Der Blumenschmuck wird anteilig vom HGV gefördert. Zu SPD: Der erstmals 2009 aufgewertete Blumenschmuck in der Ammergasse müsste dann wieder entfallen.
Epl. 6	6700		Straßenbeleuchtung										

241	6700	5480	Stromkosten	500.000									SPD: Nachtschaltkonzept für die Straßenbeleuchtung	Diese Frage wurde bereits vor über 15 Jahren bei der vorletzten Konsolidierungsrunde über die swt geprüft. Ergebnis war, dass erhebliche Investitionen notwendig sind, um die Schaltzeiten für die einzelnen Straßenzüge getrennt ansteuern zu können.
Epl. 7	7900		Fremdenverkehr											
259	7900	6610	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	49.730									AL/Grüne: Kündigung der Mitgliedschaft bei Regio Stuttgart zum nächstmöglichen Termin. Unterstützung der Tourismusbeauftragten des Landkreises in Höhe des halben Betrags	Eine Kündigung wäre unumkehrbar. Die Regio Stuttgart erbringt eine Fülle von Leistungen auf dem touristischen Sektor. Eine Kündigung würde bedeuten, dass Tübingen bundesweit und international als touristisches Ziel nicht wahrgenommen wird.
259	7900	xxxx	Fremdenverkehr, Förderung des Rad-tourismus		+ 20.000								AL/Grüne: Bewerbung um Projektmittel durch BVV o.a. möglich	
Epl. 7	7901		Stoherkahnanlageplätze											

260	7901	1100	Benutzungsgebühren	11.200	+ 11.000								<p>AL/Grüne: Gebühren anheben, sie sind derzeit sehr gering</p> <p>Derzeit werden folgende Benutzungsgebühren pro Saison an den Anlegestellten erhoben: Bismarckstraße: 25,00 €, Hermann-Kurz-Straße: 76,00 €, Wöhrdstraße und Hölderlinturm: 160,00 € mit Gesamteinnahmen von ca. 11.200 Euro. Eine pauschale Verdoppelung der Benutzungsgebühren ist nicht möglich, da es sich um eine kostenrechnende Einrichtung handelt, die keinen Gewinn erwirtschaften darf. Die Verwaltung erstellt derzeit eine Kostenkalkulation und wird daran abgeleitet eine Gebührenerhöhung vorschlagen und eine Satzungsänderung vorlegen.</p>
Epl. 7	7950		Wirtschafts- und Gewerbeförderung										
265	7950	6310	Mietzuschüsse Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH	322.000						-322.000			<p>Linke: Die Stadt verliert jährlich 322.000 € durch die Mietgarantien für das Technologieparkgebäude</p> <p>Nach dem Gesellschaftsvertrag (§ 11 Abs. 1) kann die Kündigung von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vierundzwanzig Monaten auf das Ende eines Geschäftsjahres gekündigt werden. Kündigung bis zum 31.12.2010 wird zum 31.12.2012 wirksam. Eine Kündigung durch die</p>

													Stadt Tübingen hat die Auflösung der Gesellschaft zur Folge. Die Gesellschaft ist aber bis 2018 bzw. 2020 an Verträge (Mietzahlung) gebunden.
265	7950	6620	Mitgliedsbeitrag Verein zur Förderung der Biotechnologie	1.000					-1.000				Gem. § 4 Nr. 4 der Vereinssatzung kann die Mitgliedschaft durch Austritt mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erfolgen. Austrittserklärung bis 30.06.2010 Austritt zum 31.12.2010
265	7950	7150	Zuschuss an Wirtschaftsförderungsgesellschaft	110.800					-110.800				Laut Satzung der WIT ist die Stadt nachschusspflichtig für Defizite im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing.
265	7950	7152	Zuschuss an Bio Region Stern Management	91.670					-91.670		-91.670	AL/Grüne: Sperrvermerk, Freigabe durch den Gemeinderat; Kündigung prüfen W.U.T.: Kündigung des Vertrags	Verkauf des Geschäftsanteils gem. § 18 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags oder fristlose Kündigung gem. § 19 Abs.2 des Gesellschaftsvertrags jederzeit möglich.
265	7950	7153	Zuschuss Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH	11.400					-11.400				Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von zwölf Monaten zum Schluss eines Geschäftsjahres zu kün-

digen.
Kündigung bis 31.12.2010 zum
31.12.2011

Epl. 8	8300		Stadtwerke										
268	8300	2100	Jahresgewinn der Stadtwerke	2.278.000							+200.000	<p>Linke: Antrag: Der Gemeinderat weist die Tübinger Stadtwerke an, den Tübingern, die sich langfristig an die Stadtwerke binden, eine Best-Garantie für Strom, Gas und Wasser anzubieten.</p> <p>W.U.T.: Einstellung der Verluste Betrieb Uhlandbad. Geschätzter jährlicher Fehlbedarf, im ersten Jahr nur max. 1/2 der geschätzten Verlustreduzierung ansetzbar. Der Verlust beim Uhlandbad könnte aber insgesamt deutlich höher als geschätzte € 400.000 pro Jahr sein.</p>	Uhlandbad ist mit BHKW und Fernwärmeversorgung der Uhlandschiene nach der Mitschlepptheorie wichtig für das Funktionieren des gesamten steuerlichen Querverbands. Freibad und Hallenbad Nord begründen den steuerlichen Querverbund allein nicht.
	3210 3310 4300 5611 7000 7500 7700 7900 7950 8300 9100		Beteiligungen der Stadt								+550.000	<p>W.U.T.: Angesichts der Größe der Firmen ist eine solches Konsolidierungsprogramm nur mäßig anspruchsvoll</p>	Die Verwaltung hält dies 2010 für nicht realisierbar.
Epl. 9	9000		Steuern, Zuweisungen, Umlagen										

276	9000	0010	Grundsteuer B	14.855.000		-1.600.000			-2.255.000	-2.255.000	-1.600.000	<p>AL/Grüne: Beim Finanzamt auf Aktualisierung der Einheitswertfeststellung drängen</p> <p>CDU: Hebesatz auf 500 Punkte festsetzen</p> <p>SPD: Grundsteuer B ab 2011 auf 600 Punkte festsetzen</p> <p>Linke: Keine Grundsteuererhöhung</p> <p>UFW: Keine Grundsteuererhöhung</p> <p>W.U.T: Erhöhung nur auf 500 Punkte</p> <p>Als letztes Mittel könnte eine auf zwei Jahre befristete Erhöhung auf bis zu 575 Punkte erfolgen. Soweit rechtlich eine solche Bindung des Gemeinderates nicht möglich ist, muss jedenfalls eine gleichlautende öffentliche politische Festlegung aller Fraktionen erfolgen.</p>	<p>Zu AL/Grüne: Grundlage ist Einheitswertfeststellung von 1964. Aktualisierung der Einheitswerte ist ein Thema der Bundesgesetzgebung. Aktualisierungen nach Neubau oder Umbau erfolgen zeitgerecht nach monatlichen Meldungen der Baufertigstellung an das Finanzamt, ggf. höhere Grundsteuer wird rückwirkend erhoben.</p> <p>Zu W.U.T: Befristung der Erhöhung ist in der Haushaltsatzung nicht, wohl aber in einer eigenen Hebesatzatzung möglich.</p>
276	9000	0030	Gewerbsteuer	22.000.000						+2.000.000		<p>SPD: Moderate Erhöhung ab 2011</p> <p>UFW: Mehreinnahmen durch bessere Konjunktur</p>	Die Verwaltung bleibt hinsichtlich der Konjunkturerwartungen bei ihrem Haushaltsansatz.
276	9000	0200	Vergnügungssteuer	240.000						+24.000		<p>UFW: Erhöhung um 10%</p>	Eine Satzung mit Umsetzung des Umsatzmaßstabes wird derzeit vorbereitet. Mehreinnahmen sind in diesem Jahr nicht zu erwarten.

276	9000	0220	Hundesteuer	220.000		+100.000							CDU: Stärkere Kontrollen führen zu Mehreinnahmen	Mehreinnahmen sind nur mit Firmen, die sich auf die Ermittlung von nicht angemeldeten Hundehaltungen spezialisiert haben, möglich. 100.000 € Mehreinnahmen nicht realistisch.
276	9000	8100	Gewerbsteuerumlage	4.338.900							+394.430			
Epl. 9	9100		Allgemeines Finanzwirtschaft											
278	9100	8080	Zinsen für Kredite vom Kreditmarkt	937.200					-57.000				FDP: Ersparnis durch verringerte Kreditaufnahme	
278	9100	8800	Globale Minderausgabe	0	-300.000	-1.000.000	-500.000	-1.640.000				-1.000.000	AL/Grüne: Einsparungen u.v.a.m. auch Kopierkosten CDU: Schon der Haushalt 2010 muss deutliche Einsparungen aufweisen, Vorschläge für die GMA sind z.B. Streichung/Umsetzung der persönlichen Referenten der Bürgermeister (~ 250.000 €), Wenigerausgaben bei der Klimaschutzoffensive (~ 20.000 €), Einsparungen bei Öffentlichkeitsarbeit (~50.000 €) FDP: 1% GMA	In früheren Jahren waren globale Minderausgaben für die Verwaltung bis zu einem Volumen von 2 Mio. € aus den Budgets leistbar. Bis 2009 wurden alle Stellen in den Budgets mit 100% hochgerechnet. Die Fluktuationsgewinne standen daher für die GMA zur Verfügung. Mit dem Haushalt 2010 hat die Verwaltung ein neues System der Budgetbemessung eingeführt, das diese Fluktuationsgewinne bereits in der Hochrechnung abzieht. Da den Ansätzen auch eine Stellenbesetzungssperre von einem halben Jahr zugrunde liegt, kann die Verwaltung die GMA nur noch

2. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2010 und Investitionsprogramm

Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 0	0200			Fachabteilung Kommunales										
286	0200	9450	1030	Sanierung Rathaus	400.000		-400.000					-400.000	<p>CDU: Derzeit sind keine Sanierungsmaßnahmen leistbar. Status quo muss genügen.</p> <p>W.U.T.: Projekt Generalsanierung Rathaus später und dann in einem Zug angehen. Soweit die Beträge Planungskosten enthalten, muss zunächst ein klarer Zeitfahrplan für die Generalsanierung aufgestellt werden, sonst veralten die Planungen binnen Kurzem wieder. Wo aktuelle Auflagen vorliegen (Brandschutz) sollte stattdessen über (a) eine bereits vorge-</p>	Defizite Brandschutz vorhanden.

													zogene Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie (b) ein drastisches Abspecken auf das absolute Minimum der provisorischen Abhilfe nachgedacht werden, anstatt 2,26 Mio € auszugeben! Rechnet man noch die Sanierung des IT-Raumes im alten Rathaus hinzu, ergeben sich dann über 3 Mio. Investitionen, die hinterher die massive Generalsanierung (€ 10-15 Mio) mit Staub und Dreck "überleben" müssen bzw. um die herum mit viel Aufwand "herumsaniert" werden muss!		
Epl. 0	0204			Verwaltungsstelle Hagelloch											
287	0204	9400	1700	Baukosten Aufzug im Rathaus Hagelloch	0					+110.000	+110.000		UFW: Mehreinnahmen durch die Miete. Erklärung Barcelona	Keine Gegenfinanzierung.	
Epl. 0	0610			Fachabteilung Informationstechnik											

[illegible]

Epl. 0	0610			Fachabteilung Informationstechnik										
295	0610	935*	0104	Software-Infrastruktur	275.000								-275.000	<p>W.U.T.: Beide hierin enthaltenen Projekte sind grundsätzlich wünschenswert. Es muss angesichts der drohenden Verschuldung aber überprüft werden, ob der heutige Zustand nicht doch auf Sicht noch toleriert werden kann. Der Hauptanteil der Kosten entsteht (€ 220.000) für einen irgendwann erforderlichen Umstieg von Scalix auf Microsoft Exchange.</p> <p>Das aktuell verwendete Mailsystem "Scalix" bietet keine Garantie für einen stabilen Betrieb und die Unversehrtheit der darin gepflegten Daten. Die Mängel führen zu Datenverlust. Als Kommunikationsplattform ist zwingend eine lückenlose Verlässlichkeit der Daten notwendig. Weitere Probleme zeigen sich bei der Anbindung zukunftsweisender Techniken, wie z.B. Smartphones.</p>
Epl. 1	1300			Feuerlöschwesen										
302	1300	9350	1600	Löschfahrzeug 10/6 Allrad für Unterjesingen	145.000			-145.000						<p>CDU: Fahrzeug wird über Katastrophenschutz komplett vom Land beschafft und der Stadt zur Verfügung gestellt. Streichung der Ausgaben und des Zuschusses vom Land gem. HHentwurf</p> <p>Streichen ist möglich, 15.000 € notwendig für die Anpassung der Atemschutzgeräte, Übertrag im Rahmen der Vorlage 23/10 Haushaltsreste.</p>
Epl. 2	2110			Grundschule Innenstadt										

305	2110	9400	1010	Neubau Grundschule Innenstadt, Baukosten	100.000							-100.000	-100.000	UFW: Projekt um ein Jahr verschieben W.U.T.: Maßnahme kann zurückgestellt werden	Schule ist in einem sehr schlechten baulichen Gesamtzustand.
Epl. 2	2111			Aischbachschule											
306	2111	9450	1000	Generalsanierung	110.000		-50.000						-30.000	CDU: Kosten für die Küche sind zu hoch. W.U.T.: Projekt abspe- cken, Küche ist bei ei- ner reinen Ausgabekü- che deutlich am oberen Ende	Mittel werden benötigt; 200 Essen täglich für Kinderhaus Weststadt und Aischbachschule.
Epl. 2	2310			Uhland-Gymnasium											
316	2310	3610 9400	1010	Zuschuss des Landes Erweiterungsbau Uh- land-Gymnasium	0 300.000	+1.000.000 +2.000.000							-300.000	AL/Grüne: Früheren Baubeginn ermöglichen und insgesamt günsti- ger bauen W.U.T.: Schieben der Maßnahme	Schulraum wird ab dem nächsten Schuljahr ex- trem knapp. Baulicher Zustand Pavillon sehr schlecht.
Epl. 2	2320			Kepler-Gymnasium											
317	2320	9450	1020	Energetische Sanie- rung	1.500.000		-500.000							CDU: Maßnahmen, die nicht die Unterrichts- räume betreffen sollen gestreckt werden	Bauunterbrechung nicht möglich, wegen Ver- pflichtungen und Fristen KfW-Kredit.
Epl. 2	2951			Schulsporthallen/Schulsporthallen											

362	6120	9351	0101	Einrichtung eines Geodatenportals	35.000	-20.000								AL/Grüne: Laut Auskunft der Verwaltung ist ein geringerer Betrag ausreichend	Gekürzter Betrag für 2010 ausreichend; Rest muss 2011 neu veranschlagt werden.
Epl. 6	6150			Fachabteilung Projektentwicklung											
365	6150	9550	1020	Sanierungsgebiet östlicher Altstadttrand	774.500		-160.000					-84.000	-200.000	CDU: Maßnahmen strecken, s.u. UFW: Schieben von Maßnahmen im Sonderhaushalt	Für 2010 sind vorgesehen: Förderung Pflegehofprojekt Otto Mayer, Förderung Projekt Germaneneck, Anpassung Platz vor der Neckarmüllerei, Sanierung Stützmauern Schulberg, Erschließung / Neugestaltung Grünfläche Schulberg einschl. Treppe. Die Sanierung der Stützmauern ist nur als begleitende Maßnahme zur Erschließung der Grünfläche förderfähig, nicht als selbständige Unterhaltsmaßnahme. Da das VBA eine Sanierung ihrer Mauern für 2010 / 2011 plant, muss die Stadt aus statischen Gründen im Vorfeld, spätestens gleichzeitig die in ihrem Eigentum befindlichen unteren Mauern sanieren. Die

beantragten Mittel sind schon von der Verwaltung so reduziert worden, dass keine Zuschüsse mehr an neue private Projekte gegeben werden können. Eine weitere Reduzierung stoppt bereits begonnene Projekte.

Epl. 6	6300			Gemeindestraßen									
366	6300	9508	0101	Radwegebauprogramm	150.000	+50.000		-50.000					<p>AL/Grüne: Sperrvermerk über den Erhöhungsbetrag, Freigabe nach Fertigstellung des Radwegeverkehrskonzepts</p> <p>SPD: Sperrvermerk; im Finanzplanungszeitraum auf 100.000 € jährlich festlegen</p>

367	6300	9550	1034	Zinserdreieck	100.000		-100.000		-100.000	-100.000		-100.000	<p>CDU: Auf die Verlegung der Bus-Bereitstellung kann verzichtet werden. Zuerst muss geklärt werden, wie die Bebauung des Europaplatzes umgesetzt wird. Hinweis: Auch auf die Übertragung der Mittel aus der Vorl. 23/2010 in Höhe von 500.000 € wird verzichtet.</p> <p>FDP: Im Rahmen der Prioritätensetzung nachrangig; Kein Restübertrag von 500.000 € Vorl. 23/2010</p> <p>Linke: Streichen der Projektsteuerer</p>	Die Prüfung des GFVG-Antrages ist inzwischen erfolgt. Für März ist ein abschließendes Gespräch im Innenministerium anvisiert, direkt im Anschluss soll die Stadt den Zuschussbescheid erhalten. In diesem Fall ist die Maßnahme noch in 2010 zu beginnen. Der erste Schritt ist die Herstellung der Busbereitstellungsplätze. Dieser ist auch zwingende Voraussetzung zur Entwicklung des Europaplatzes. Eine Ausnahme aus dem Haushalt würde die Erteilung des Zuschussbescheides gefährden.
Epl. 6	6800			Parkierungseinrichtungen										
373	6800	3610 3650 9600	0101	Zuschuss vom Land Anteil swt Parkleitsystem	240.000 67.000 400.000	-240.000 -67.000 -400.000		-160.000				-240.000 -67.000 -400.000	<p>AL/Grüne: Verzicht auf die Maßnahme</p> <p>W.U.T.: Parkleitsysteme sind Technik von gestern (GPS). Status quo ist völlig ausreichend</p>	

Epl. 6	6900			Wasserläufe, Wasserbau									
375	6900	9550	1510	Baggersee Hirschau	95.000							-75.000	W.U.T.: Der See und seine Nutzung ist nicht gefährdet Die Maßnahme ist auf Grundlage des Beschlusses des PA vom 23.11.2009 begonnen. Die in Aussicht gestellten Zuschüsse könnten nicht abgerufen werden.
Epl. 7	7921			Öffentlicher Personennahverkehr									
385	7921	9550	1010	Umgestaltung Europaplatz/ZOB								-150.000	FDP: Verzicht auf die Bildung des Haushaltsrestes mit 130.000 € mit der Vorl. 23/2010 W.U.T.: Projekt zunächst schieben Die Planung für das Projekt Europaplatz soll in 2010 auf einen neuen Stand gebracht werden, um im Ergebnis möglichst eine vollständige Refinanzierung des Projektes durch die Grundstückseinkünfte zu erreichen. Hierfür sind Planungsleistungen erforderlich. Aufgrund der Restmittel aus 2009 wurde mit der Änderungsliste auf einen neuen Ansatz verzichtet.
Epl. 8	8800			Allgemeines Grundvermögen									

389	8800	3400	0101	Grundstückserlöse	3.400.000							-1.500.000	W.U.T.: Für die jährlich eingestellte Rate (Sockelbetrag) von € 3 Mio. fehlt es an erkennbar konkreten Verkaufsbemühungen und Nachfragern, daher muss hier einstweilen eine Vorsichtskorrektur vorgenommen werden.	Die Verwaltung hält den Ansatz für realistisch.	
Sonderhaushalt Östlicher Altstadtrand															
397	7.6157	3610 9500	0140	Zuweisungen des Landes Erschließung/Umgestaltung der Mühlstraße	1.124.020 1.396.420		-240.000 -400.000					-126.120 -210.200	-300.000 -500.000	CDU: Maßnahme muss in der jetzigen Situation gestreckt werden. Kosten für Sanierung Stützmauern begrenzen, Grünflächen hinter der Stützmauer samt Treppenaufgang sind vor Fertigstellung Bauvorhaben Pflegehof nicht notwendig. Sanierungszuschüsse in begrenztem Zeitraum unschädlich. UFW: Schieben der Treppe und Umbau Pflegehofstraße bis zur Fertigstellung Bauvorhaben Maier	Für 2010 sind vorgesehen: Förderung Pflegehofprojekt Otto Mayer, Förderung Projekt Germaneneck, Anpassung Platz vor der Neckarmüllerei, Sanierung Stützmauern Schulberg, Erschließung / Neugestaltung Grünfläche Schulberg einschl. Treppe. Die Sanierung der Stützmauern ist nur als begleitende Maßnahme zur Erschließung der Grünfläche förderfähig, nicht als selbständige Unterhaltsmaßnahme. Da das VBA eine Sanie-

3. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zu den Wirtschaftsplänen 2010

Seite	lfd. Nr.	Bezeichnung der HHSt.	lt. Entwurf in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Stadtbaubetriebe (SBT)												
488	1	Erfolgsplan Er-sätze von städti-schen Dienststel-len		-217.000							AL/Grüne: Rückführung auf das Rech-nungsergebnis 2008	Diesen Einnahmen stehen Aufwände für Personal- und Materialkosten sowie für Abschreibungen etc. gegenüber. Wenn diese Einnahmen nicht erzielt werden können, muss versucht werden, das Per-sonal so rasch als möglich abzubauen, wobei der sowieso schon recht hohe Fix-kostenanteil weiter steigen würde.
491	2	Blumenschmuck	105.000			-10.000				-105.000	W.U.T.: Bevor soziale und kulturelle Angebote gekürzt werden, muss man ohne Blumenschmuck auskommen. Zu SPD: Der erstmals 2009 aufgewerte-te Blumenschmuck in der Ammergasse müsste dann wieder entfallen.	Zu W.U.T.: Dabei handelt es sich um den Gesamtansatz für Blumenschmuck im öffentlichen Raum, ohne die Rathäu-ser. Der Blumenschmuck wird anteilig vom HGV gefördert.
	3	globale Kürzung			-385.000						CDU: Senkung des SBT-Budgets "Erlöse von der Stadt" um 5 %. In Zeiten leerer Kassen muss (leider) auch in den Berei-chen Reinigung, Grünpflege usw. ge-kürzt werden. Dies muss ohne Personal-abbau leistbar sein.	Eine Kürzung um 5% ist ohne Personal-abbau nicht darstellbar. Die Abschrei-bungen und Kapitalkosten sowie die Ma-terialaufwände sind nicht disponibel.

4. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Stellenplan 2010

Ifd. Nr.	Bezeichnung	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
1	Persönliche/r Referent/ in Baubürgermeister/in			KW-Vermerk		KW-Vermerk				KW-Vermerk hat keine Auswirkung auf den Haushalt 2010.
2	Vorlage 801/09, Nr. 2 d) 0,25 Stellenanteile für Ge- bührenkalkulation beim FB 5					-0,25 Stellenanteile				Keine Gegenfinanzierung wegen wegfallender Gebühren. Stellenanteile sind für die beschlossene 50% Überprüfung erforderlich.
3	S. 124 1.1100.4000					-2,0 Stellenanteile +2,0 Stellenanteile			Linke: Zwei Stellen beim Ordnungsamt sollen zu Gunsten von Streetworkern aufgegeben werden	Die Arbeit der beiden Mitarbeiter im kommunalen Ordnungsdienst hat sich bewährt. Die Verwaltung wird demnächst erneut über die Arbeit berichten.

4	Halbe Stelle für Jugendarbeit Derendingen			+0,5 Stellenanteile					SPD: Interfraktioneller Antrag 567/2009	Keine Gegenfinanzierung.
5	EBT					Prüfen, ob Gesplittete Abwassergebühr wieder abgeschafft werden kann				Die Verwaltung geht davon aus, dass eine Abschaffung der Gesplittete Abwassergebühr rechtlich nicht zulässig wäre.